

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 09.09.2008
Sitzung Nummer:	24 (WLTA/24)
Sitzungsdauer:	17:05 - 19:30 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Carsten Wulfänger
Vorsitzende/r

Hannelore Badge
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Carsten Wulfänger

Mitglieder

Arno Felser
Klaus-Peter Noeske
Christine Paschke

sachkundige Einwohner

Christian Isensee
Monika Langemann

Protokollführer

Hannelore Badge

von der Verwaltung

Dr. Ulrike Bergmann
Ulrike Bollfraß
Mathias Claus
Elisabeth Glöß
Sabine Herzog
Marietta Linzner
Thomas Müller
Annegret Schwarz
Annemarie Theil
Heinz-Jürgen Twartz
Riccardo Ulbrich
Roswita Weidemann

1. Beigeordnete
2. Beigeordneter

Gäste

Burger
Thomas Pusch
Sator

PTV Karlsruhe
Altmark-Zeitung
PTV Karlsruhe

Abwesend:

Mitglieder

Fritz Düsedau
Detlef Radke
Hans-Joachim Seeger

entschuldigt

Eduard Stapel entschuldigt

sachkundige Einwohner

Eberhard Andert

Alfons Ewert

entschuldigt

Elke Nicolai

entschuldigt

Heinz Riemann

Tagesordnung:

1. Teil: gemeinsame Sitzung

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Nahverkehrsplan 2009-2014
Vorlage: 424

2. Teil Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus

- 4 Feststellung der Niederschriften der 21., 22. und 23. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus
- 5 Beratung der Mitteilungsvorlage DS 404 'Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut'
- 6 Anfragen und Hinweise

Protokoll

1. Teil: gemeinsame Sitzung

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Wulfänger, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus, eröffnet und leitet die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse und begrüßt die Gäste, die Mitglieder der Ausschüsse, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Presse und das Ingenieurbüro PTV aus Karlsruhe.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt, die Tagesordnung wird bestätigt. Die Beschlussfähigkeit wird in den einzelnen Ausschüssen festgestellt.

**zu TOP 3 Nahverkehrsplan 2009-2014
Vorlage: 424**

Nach kurzen einführenden Worten erteilt Herr Wulfänger dem Planungsbüro PTV Planung Transport Verkehr AG Karlsruhe (weiter: Planungsbüro PTV) das Wort.

Herr Sator vom Planungsbüro PTV gibt noch einmal einen allgemeinen Überblick über den Erarbeitungsstand des Nahverkehrsplanes für die Jahre 2009 bis 2014.

Es werden auch verschiedene Varianten zu Einsparungen dargestellt, die aber gleichzeitig mit entsprechenden Fahrleistungen (Einschränkungen) verbunden sind.

An dieser Stelle wird auf weitere inhaltliche Erläuterungen verzichtet und auf das ausgereichte Arbeitsmaterial verwiesen.

Es schließt sich eine rege Diskussion an.

Herr Kloth stellt die Frage, was es bedeutet, wenn vormittags Busse fahren und ob man abends nicht mehr zurückkommt.

Herr Sator: Man erreicht vormittags das Grundzentrum und nachmittags kann man die Schülerbeförderung nutzen. Später kommt man nicht mehr in die Orte.

Herr Bergmann hat mehrere Fragen die Schulzeitenstaffelung betreffend. Insbesondere geht es ihm darum, ob die angedachten Zeiten kindgerecht bezogen auf die einzelnen Schulformen sind, wie die Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Busse liegen, da sich daraus die Aufenthaltsdauer der Kinder in den Schulen ableiten lässt, was sich wiederum auf die Verweildauer der Kinder in den Horten auswirkt, denn dies kann u. U. zu Belastungen der Hortträger führen.

Herr Sator: Alle Schulformen sind betroffen. Beachtet wurden Reisezeiten, Wartezeiten vor und nach der Schule sowie die Umsteigehäufigkeit.

Frau Burger vom Planungsbüro PTV spricht über Möglichkeiten der Linienbündelung. Es gibt 42 Linien, welche gemeinsam vergeben werden sollen. Sie erläutert 3 Varianten einer Linienbündelung (siehe Arbeitsmaterial). Seitens des Planungsbüros PTV wird die Variante mit 3 Linienbündeln empfohlen. Die Variante „7 Bündel (6 + Stadt Stendal)“ wird dagegen nicht favorisiert, da die Wirtschaftlichkeit hier am geringsten ist.

Herr Bergmann äußert in diesem Zusammenhang die Bitte, dass die verteilten Unterlagen farbig bereit gestellt werden müssen, um damit arbeiten zu können.

Herr Wulfänger bittet darum, dass die Unterlagen den Mitgliedern des Kreistages noch einmal farbig zugestellt werden.

Herr Bergmann konkretisiert noch einmal Fragen und Probleme:

- Spart hier der Landkreis nicht auf Kosten der Kleinsten?
- Bedeutet früherer Beginn auch längere Strecken?
- Welche Grundschulstandorte sind davon wie betroffen?
- Wurden schon Schulen, Schulträger und Eltern einbezogen?
- Wenn die Busfahrten sich nachmittags nach hinten verschieben, müssen die Hortnerinnen länger beschäftigt werden, dies erhöht die Kosten für die Gemeinden. Das trifft auch zu, wenn früher in den Schulen begonnen wird (Frühhort), längere Hortzeiten bedeuten finanzielle Mehrbelastungen für die Gemeinden.

Frau Theil erklärt, dass diese Veränderungen frühestens zum Schuljahr 2010/11 zum Tragen kommen und somit ausreichend Zeit zur Diskussion und Einbeziehung der Beteiligten bleibt.

Herr Bergmann merkt an, dass das Problem nicht nur im pekuniären Bereich liegen kann, denn man sollte auch über die Lebensqualität gerade der Grundschüler nachdenken. Der ländliche Raum wird schwächer.

Herr Wulfänger stellt fest, dass unter dem Vorbehalt der längeren Diskussion die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen wird. Alle genannten Probleme müssen aufgelistet und geprüft werden.

Herr Berlin bittet um eine Ergänzung in Anlage 11 - zusätzliche Spalte frühester Fahrbeginn. Es ist interessant, wann der 1. Bus fährt und von wo. Wo sind die Frühhorte zu berücksichtigen?

Herr Wulfänger fragt, ob eine Rückrechnung möglich sei, wann die früheste Anfahrtszeit ist?

Herr Sator sagt dazu, dass die Richtlinien eingehalten worden sind (30 min Fahrzeit usw.) Eine Rückrechnung ist nicht möglich; es wird hier kein Fahrplan entwickelt.

Herr Zimmermann fragt an, ob die Wartezeiten berücksichtigt sind?

Herr Wulfänger erklärt, dass der Weg von der Wohnung zum Bus nicht berücksichtigt ist; nur die reine Wartezeit.

Herr Bergmann regt an, dass die Schulzeitenstaffelung in Anbetracht des großen ländlichen Raumes unbedingt für alle Schulformen zu diskutieren ist.

In den Gymnasien und Sekundarschulen haben die Schüler mehr Unterrichtsstunden.

Wann kommen diese Schüler nach Hause? Um 18.00 Uhr und danach wären dann noch Schulaufgaben zu machen. Ist dieses akzeptabel und zumutbar?

Herr Wulfänger merkt an, dass dafür eine Einzelfallbetrachtung notwendig ist.

Er richtet noch einmal den Blick auf die drei Varianten der Linienbündelung, denn künftig muss entschieden werden, welche der Varianten möglicherweise zur Ausschreibung kommt.

Herr Bergmann schätzt ein, dass heute noch keine Antworten darauf gegeben werden können. In den nächsten Wochen und Monaten sind alle Varianten ausführlicher zu betrachten.

Die Variante "7 Bündel (6 + Stadt Stendal)" könnte doch z. B. für kleinere Unternehmen geeignet sein.

Frau Burger erläutert dazu, dass kleine Bündel weniger wirtschaftlich sind und erklärt, dass sich kleine Unternehmen zu einem Verband mit mindestens 50 - 100 Fahrzeugen als mittelständisches Unternehmen zusammenschließen könnten.

Frau Tüngler ist der Meinung, dass ein Schulbeginn in den Grundschulen um 07.00 Uhr unmöglich sei, da die Kinder dann schon ca. 05.45 Uhr aus dem Bett müssen. Schließlich handelt es sich um 6-jährige Kinder, und diese müssen dann schon um 06.15 Uhr in den Bus steigen. Diese Problematik sollte man unbedingt überdenken.

Frau Theil antwortet darauf, dass der Zeitpunkt verfrüht ist, darüber zu befinden. Außerdem obliegt es nicht der Verwaltung, den Schulbeginn festzulegen, sondern diesen müssen die Gesamtschulkonferenzen der Schulen beschließen.

Frau Schwarz ergänzt, dass diese Festlegung vom Kultusministerium erlassen wurde und jeder Landkreis daran gebunden ist.

Zu dem frühen Schulbeginn um 07.00 Uhr hat sie bereits mit vielen Eltern Gespräche geführt und 70 % dieser Eltern hatten nicht das Problem des frühen Schulbeginns. Das sei keine Umstellung für sie.

Das Hauptproblem sind die Sekundarschulen und Gymnasien, da sie später anfangen. Freizeitaktivitäten in Schulen oder in den Gemeinden sind nicht mehr möglich.

Frau Dr. Bergmann geht auf die Linienbündelung ein und sagt, es sei abzuwarten, für welche Variante sich der Landkreis entscheidet. Der Schulbeginn kann dann innerhalb des Territoriums betrachtet werden, welches von dem jeweiligen Linienbündel erfasst ist.

Innerhalb der Linienbündelung kann dann die Fahrplangestaltung komplex und konzentriert erfolgen und man braucht den Landkreis nicht mehr pauschal zu betrachten

Herr Wulfänger bezeichnet diese Variante auch als „Vorzugsvariante“.

Das Thema Hortbusse muss diskutiert werden.

Herrn Bergmanns Forderungen sind aufzulisten und der Verwaltung zu übergeben.

Herr Bergmann bemerkt, dass es wichtig sei, rechtzeitig mit den Schulen und Eltern in den Dialog zu kommen. Grundlage dafür seien die Beschlüsse der einzelnen Gesamtschulkonferenzen.

Weiterhin möchte er wissen, ob der Nahverkehrsplan ein Vorschlag vom Planungsbüro ist oder eine Abstimmungen dazu mit der Kreisverwaltung erfolgte?
Es soll kein Misstrauen sein, aber er hätte gern einen Einblick in die Auftragserteilung an das Planungsbüro.

Herr Berlin schlägt vor, die Schulkonferenzen so rechtzeitig wie möglich durchzuführen, damit die Unterlagen für den Kreistag erarbeitet werden können.

Frau Theil antwortet darauf, dass die Änderungen der Schulanfangszeiten mit dem Landesverwaltungsamt unter Einbeziehung der schulfachlichen Referenten gesteuert werden müssen.

Im Mai 2009 wird der Kreistag den Nahverkehrsplan 2009 - 2014 beschließen, und dieser bildet dann die Grundlage für das Schuljahr 2010/11.

Von heute an gerechnet haben wir fast 2 Jahre Zeit, um die Schulanfangszeiten zu verändern.

Herr Wulfänger fasst abschließend zusammen:

Der Entwurf des Nahverkehrsplanes geht nun in die Anhörung und ist danach in den nächsten Wochen und Monaten in den einzelnen Ausschüssen zu diskutieren. Dabei sind u. a. folgende Schwerpunkte zu betrachten:

- Nebenlinien
- Linienbündelung
- Hortbusse
- Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange.

Da keine weiteren Anfragen und Hinweise vorliegen, beendet Herr Wulfänger die gemeinsame Sitzung um 18.30 Uhr.

2. Teil Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus

zu TOP 4 Feststellung der Niederschriften der 21., 22. und 23. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus

Herr Isensee ist beim 2. Teil der Sitzung nicht anwesend.

Da der Ausschuss nicht beschlussfähig ist, können die 3 Niederschriften nicht bestätigt werden.

Herr Wulfänger legt fest: Wenn nach Erhalt dieser Niederschrift nach 14 Tagen von den Mitgliedern des Ausschusses keine Hinweise oder Änderungsvorschläge eingehen, sind die 3 Niederschriften bestätigt.

zu TOP 5 Beratung der Mitteilungsvorlage DS 404 'Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut'

Herr Wulfänger geht auf die Mitteilungsvorlage ein. Im Bereich der Wirtschaftsförderung betrifft das Thema die Arbeitsfördergesellschaft. 30 junge Leute sind in der Arbeitsfördergesellschaft beschäftigt, die aus der Kinderarmut kommen bzw. die, die ihre Lehre nicht geschafft haben. Sie werden durch die Arbeitsfördergesellschaft betreut, um ihnen eine Perspektive zu geben. Straßenpflasterarbeiten werden durchgeführt. Einige Jugendliche sind auch in Heimen untergebracht, wo es zu Hause nicht mehr ging. Die Jugendlichen mit mehreren Vermittlungshemmnissen werden von der ARGE gefördert.

Herr Wulfänger bemerkt: welcher Haushalt gibt die Zahlung von Essengeld für Schüler her?

Herr Noeske: Die Betreuung der Jugendlichen geht am Problem vorbei.

Es geht um die, die nicht essen in den Kindergärten und Schulen. Es sind Projekte zu fördern, die die Essenteilnahme für diese Kinder ermöglichen.

Frau Lagemann: Es geht ums Geld, die Kinder haben kein Geld für das Essen. Arme Kinder müssen einmal warmes Essen haben.

Herr Felser: Der Verein Arche hat die Schule am Stadtsee nicht bekommen. Am Stadtsee haben es die Kinder nötig. Er stellt die Frage, ob der Landkreis am Stadtsee eine Liegenschaft zur Nutzung anbieten kann. Ehrenamtliche Personen würden sich zur Verfügung stellen, eventuell von der Tafel.

Frau Lagemann stellt die Frage: Wo kommt das Geld her?

Herr Noeske plädiert dafür, dass für bedürftige Kinder im Schul- und Kindergartenalter das Geld zur Verfügung gestellt werden müsste.

Herr Twartz bemerkt: Man sollte sich nicht nur auf das kostenlose Essen konzentrieren. Geld allein reicht nicht. Das häusliche Umfeld muss betrachtet werden. Man muss sich auf die Eltern konzentrieren, Möglichkeiten für die Eltern eröffnen.

Herr Noeske ist dafür, dass das Essen beim Kind ankommen sollte.

Herr Twartz: Dazu müsste es eine Bundesgesetzgebung geben. Es ist ein bundesweites Problem.

Frau Lagemann: Es ist ein überproportionales Problem.

Herr Wulfänger: Man sollte sich auf die Präventionskette konzentrieren, Besuche durchführen, Netzwerke einrichten (Familien, Hebamme usw.).

Es wäre wünschenswert, Geld für Essen bereitzustellen, aber bei dem Defizit im Haushalt werden keine Möglichkeiten gesehen. Deshalb Konzentration auf die Prävention.

Der Wirtschaftsförderausschuss befürwortet die Aktivitäten des Jugendhilfeausschusses. Die Finanzierbarkeit muss überprüft werden.

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Herr Wulfänger bedankt sich in seiner letzten Ausschusssitzung bei Herrn Twartz für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der Verwaltung und wünscht Herrn Twartz alles Gute für die Zukunft.

Herr Twartz bemerkt, dass er mit der Arbeit im Ausschuss zufrieden war. Es ist im Ausschuss sachlich und konstruktiv diskutiert worden.